Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-Ämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 272 | Sonntag, den 30. September | Jahrgang 1928

Vor einer Krise in Bayern.

Von unserem Münchener Korrespondenten.

München, 26. Sept.

Nach den großen Ferien beginnt nun auch in Bayern das politische Leben langsam in Gang zu kommen. Die ersten Aeußerungen dieses neuen Lebens zeigten sich kürzlich bei dem Empfang des neuen Reichsernährungsministers Dietrich im neugebildeten Staatsministerium für Landwirtschaft und Arbeit, einer Kombination aus den ehemaligen Staatsministerien für Landwirtschaft und Soziale Fürsorge, wobei berufene Vertreter die Not der bayrischen Landwirtschaft kennzeichneten. Ein zweiter Auftakt war die übliche Tagung der christlichen Bauern in dem oberbayerischen Orte Tuntenhausen, wo ebenfalls die Notlage der landwirtschaftlichen Kreise erörtert wurde, und nun steht die eigentliche Geburtsstunde der diesjährigen politischen Wintersaison unmittelbar bevor in der für den kommenden Samstag angesetzten Tagung der Landesvorstandsschaft der Bayerischen Volkspartei.

In Erwartung dieser wichtigen Tagung der stärksten Regierungspartei ist man zur Anwendung des Satzes versucht, daß große Ereignisse ihre Schatten voraus zu werfen pflegen. Man erinnert sich aus den Berichten über die Schwierigkeiten der Neubildung der bayerischen Regierung an den Kernpunkt der langen Verzögerungen, der darin bestand, daß sich die Bayerische Volkspartei mit dem Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbund über die Verminderung der bayerischen Ministerien von acht auf sechs nicht zu einigen vermochte. Erst nach langen Auseinandersetzungen der unerquicklichsten Art verstand man sich dahin, daß neben der Auflassung des Handelsministeriums das Sozialministerium mit dem Landwirtschaftsministerium vereinigt und das neue Kombinationsministerium dem den weitesten Kreisen der Bayerischen Volkspartei mißliebigen Bauernbundsminister D. Feber anvertraut wurde. Der bisherige Staatsminister für Soziale Fürsorge Oswald, ein alter angesehener Arbeiterführer, mußte sich dabei die Degradierung zu einem Staatssekretär der neuen Abteilung „Arbeit" gefallen lassen. Wohl wurde bei dieser Neuregelung immer wieder versichert, daß die sozialen Belange hierdurch keine Einbuße erleiden würden, insbesondere, daß „die nach ihrer Wählerzahl, aber noch mehr auf Grund ihres Ideengehaltes hoch einzuschätzende christliche Arbeiterschaft in Bayern keine Veranlassung hätte, sich in ihrem Heimatrecht in der Bayerischen Volkspartei verletzt zu fühlen." Aber trotz dieser Versicherung sitzt seit dieser Neuregelung der Stachel tief im Fleische der katholischen Arbeiterschaft Bayerns. Schon kurz nach der Beendigung der Regierungskrise machte sich der Aerger über die neue Situation in der bayerischen Arbeiterschaft in Protesten Luft, er brach sich leidenschaftlich Bahn in der Haupttagung der christlichen Arbeiterschaft Ende August in Neustadt a. Haardt und er hat erst kürzlich dazu geführt, daß der nunmehrige Staatssekretär Oswald in aller Form auf der Tagung der bayerischen Krankenkassen in Garmisch unter Beifall erklärte, daß die Neuregelung bestenfalls nur ein Provisorium darstellen könne. Die hier aufgezeigten Aeußerungen sind dabei durchaus keine Querulationen einzelner; sie werden vielmehr in aller Form von der offiziellen Organisation der christlichen Arbeiterschaft gedeckt und als bestimmte Forderungen in betonter Form angemeldet. Am verflossenen Samstag ist dies dann auch in einer öffentlichen Kundgebung einer von der Landesgruppe der Arbeiter und Angestellten in der Bayerischen Volkspartei einberufenen Konferenz der Funktionäre der christlich-nationalen Arbeiterbewegung geschehen. Nach eingehenden Referaten der bayerischen Arbeiterführer Funke und Schwarzer wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, wonach die christliche Arbeiterschaft strikte die volle Gleichberechtigung innerhalb der Bayerischen Volkspartei verlangt. Es gehe, so wurde gesagt, auf die Dauer nicht an, daß andere Stände sich beständig als die hauptsächlichsten Stützen der Partei bezeichneten und glaubten, dementsprechende Forderungen an die Partei stellen zu dürfen. Da die letzten Wahlen und politischen Kämpfe klar bewiesen hätten, daß die Bayerische Volkspartei auf die Zugehörigkeit der christlichen Arbeiterschaft unmöglich verzichten könne, fordere die christliche Arbeiterschaft von der Partei und allen Parteiangehörigen, daß es in Zukunft ausgeschlossen sein müsse, einen Kandidaten deshalb abzulehnen oder auf der Wahlliste zu streichen, weil er dem Arbeiterstande angehöre. Die bei der letzten Koalitionsbildung in Bayern erfolgte Regelung der Ministerien könne die christliche Arbeiterschaft in Bayern unmöglich als dauernd anerkennen. Sie fordere vielmehr eine nach sachlichen Gesichtspunkten vorzunehmende innere Gruppierung der Aufgaben der einzelnen Ministerien und halte dabei die Schaffung eines „Ministeriums für Soziale Fürsorge", das die gesamte staatliche Fürsorge und alle sozialen Staatsaufgaben umfasse, für eine unerläßliche Notwendigkeit im modernen Staate. Um sich in der Partei möglichst durchzusetzen, forderte die Konferenz weiter die christliche Arbeiterschaft in Bayern auf zur Gründung und zum Ausbau der Gruppen der Arbeiter und Angestellten in der Partei und zur Zusammenfassung dieser örtlichen Gruppen in Kreiskomitees und in einem Landeskomitee, deren Aufgabe es sei, alle politischen Fragen zu behandeln und dafür zu sorgen, daß die christliche Arbeiterschaft in allen Instanzen der Parteiorganisation vertreten ist.

Dem Kenner der derzeitigen politischen Verhältnisse in Bayern leuchten die Gefahrenstoffe, die in diesen Forderungen für die künftige politische Entwickelung in Bayern gelegen sind, ohne weiteres ein. Es ist an und für sich schon bezeichnend genug, daß die Kundgebung der christlichen Arbeiterschaft in Bayeren von den maßgebenden Parteiblättern der Bayerischen Volkspartei ohne irgendeinen Kommentar wiedergegeben worden ist. Das will soviel heißen, daß man die Schwierigkeit der so geschaffenen Situation ohne weiteres erkennt, aber auch die Berechtigung der hier aufgestellten Forderungen nicht leugnen mag. Die Situation ist also außerordentlich prekär. Der logische Schluß aus den Forderungen der christlichen Arbeiterschaft wäre der, daß die Bayerische Volkspartei die Abmachungen mit dem bauernbündlerischen Koalitionsparteien aufkündigte und die Kombinierung des Landwirtschaftsministeriums mit dem Ministerium für Soziale Fürsorge für null und nichtig erklärt. Ein Auseinanderfall der bestehenden Regierungskoalition mit dem Bauernbund wäre dadurch ohne weiteres gegeben. Da dies aber mit Rücksicht auf die durch das Wahlergebnis vom 20. Mai geschaffene Allgemeinsituation kaum tragbar erscheint, so wirkt sich das Vorgehen der Arbeiter zunächst nach innen aus, insofern als die Bayerische Volkspartei nunmehr in zwei Lager gespalten ist. Auf beiden Seiten laufen die Unzufriedenen Sturm und so ist das neue Ministerium Held einer Unpopularität ausgeliefert, wie sie seit den letzten vier Jahren noch schwerlich dagewesen ist.

Zu den Schwierigkeiten aus dem Innern der Bayerischen Volkspartei kommt hinzu, daß die Spannung zwischen Bayerischer Volkspartei und dem Bauernbund sich auch durch die Preisgabe des Sozialministeriums an den Bauernbund nicht gemindert hat. Die Hetze des Bauernbundes gegen die Bayerische Volkspartei auf dem flachen Lande wird immer maßloser und der Einfluß der radikalen Bauern auf die noch gemäßigten Elemente des Bauern- und Mittelstandsbundes immer größer. Kaum möglich, daß auf dem flachen Lande noch Versammlungen abgehalten werden können, ohne daß sich die Bayerische Volkspartei die übelsten Beschimpfungen und Anschuldigungen gefallen lassen muß. Man fühlt sich schlechterdings wie auf einem Pulverfaß und wartet nur, bis der eifrig angeblasene Zunder die Explosion herbeiführt.

Um das Uebel voll zu machen führen wir nun auch Personalfragen konfessioneller Natur zu Mißstimmigkeiten mit den evangelischen Kapitolswächtern der Deutschnationalen Volkspartei. Die Frage der Neubesetzung der Stelle eines Generaldirektors der bayerischen Staatsbibliothek, für die ein Katholik und Angehöriger einer katholischen Studentenverbindung in Frage kommt, hat die Evangelischen auf den Plan gerufen, deren künstliche Entrüstung wiederum seitens der Bayerischen Volkspartei mit dem Hinweis auf die berechtigten Klagen der Katholiken wegen der systematischen Protestantisierung der höheren bayerischen Justizverwaltung quittiert wird. Die Altherren der Münchener katholischen Korporationen haben erst kürzlich mit vollem Rechte darauf hingewiesen, daß in einem katholischen Staat wie Bayern gewisse Zustände unhaltbar geworden sind, und weiter gefordert, daß die Personalpolitik in Bayern die Katholiken nicht weiterhin mehr, wie vielfach aus übergroßer Aengstlichkeit geschehen, gegenüber zielbewußten Andersgläubigen und äußerlich frommen Nutznießern der Konjunktur im Hintertreffen lassen darf.

Die politische Gesamtsituation in Bayern ist mithin aus allen den aufgezeigten Geschehnissen heraus nicht unbedenklich. Der Trost, daß es auch anderswo in vielen Dingen nicht besser steht, kann nicht darüber hinweghelfen, daß Bayern vor einer schweren innerpolitischen Krise steht. Die bevorstehende Zusammenkunft der Landesvorstandschaft der Bayerischen Volkspartei hat keine beneidenswerte Aufgabe; es wird aller Geschicklichkeit bedürfen, um zwingende Notwendigkeiten mit den bestehenden Verhältnissen so auszubalanzieren, daß die Katastrophe noch einmal beseitigt werden kann.

Die Aufnahme der amerikanischen Antwortnote.

London atmet auf.

◇ **London**, 28. Sept. Die amerikanische Antwortnote hat in der englischen Oeffentlichkeit offensichtlich eine gewisse Erleichterung hervorgerufen, da sie der immer peinlicher empfundenen Ungewißheit ein Ende macht. Die Umstände, unter denen sie der Oeffentlichkeit übergeben wurde, sind nicht geeignet, die Kritik an der Haltung der britischen Regierung zu zerstreuen, da die Note allen Gepflogenheiten entgegen nicht vom englischen Außenamt, sondern vom amerikanischen Botschafter veröffentlicht wurde. Das „Foreign Office" ist weiter von der diplomatischen Gepflogenheit abgewichen, indem es die vorhergehende Note zur Veröffentlichung freigegeben hat Sachlich wird in der amerikanischen Note eine Bestätigung dafür gesehen, daß die amerikanische Regierung tatsächlich nicht den vollen Text des englisch-französischen Abkommens erhalten hat, sondern lediglich eine Inhaltsangabe Zweimal mußten von Washington Erläuterungen gefordert werden. — Die Morgenblätter legen sich in der Beurteilung der Note vorläufig noch einige Zurückhaltung auf. An der endgültigen Beseitigung des Flottenkompromisses als zweiter Grundlage für die Seeabrüstung ist aber nach allgemeiner Ansicht kein Zweifel mehr möglich. Die „Times" meint, daß die amerikanische Note darauf hinauslaufe, die schwierige Frage der Flottenabrüstung auf eine günstigere Zeit zu verschieben. Das Blatt meint, daß die Note in einem freundlichen Tone gehalten sei und daß Coolidge wünsche, sich an den internationalen Versuchen für die Rüstungsbegrenzung bis zu der für die amerikanische Sicherheit möglichen Grenze zu beteiligen Das Flottenkompromiß mit Frankreich sei gewiß nicht als gegen die Vereinigten Staaten gerichtet gedacht gewesen, sondern als Grundlage für eine allgemeine Erörterung der Flottenabrüstung. Die Motive Großbritanniens würden in Amerika offensichtlich noch nicht voll verstanden. Die Washingtoner und Genfer Konferenzen sowie alles, was seither geschehen sei, hätten nur den Charakter einer vorbereitenden Untersuchung der großen Frage der Beziehungen zwischen Flottenabrüstung und Sicherheit in der modernen Welt. Diese Untersuchungen würden später Früchte tragen Das Fehlen von sofortigen Ergebnissen könne nicht als eine Verurteilung der aufrichtigen Versuche angesehen werden, zu einem Ergebnis zu kommen. Die amerikanische Note weise klare Anzeichen für den Wunsch weiterer Erwägungen auf. Die Tür sei noch nicht geschlossen

Der „Daily Telegraph" wendet sich gegen die Zurückhaltung der britischen Note durch das Foreign Office und erklärt, im Augenblick bestehe keine Aussicht, zu einer Flottenabrüstung zu gelangen. — Die „Morningpost" bezeichnet die Note als eine Erläuterung für die britische Oeffentlichkeit. Während ihr Ton durchaus freundlich sei, sei ihr Inhalt offen und logisch. Die amerikanischen Vorschläge könnten in ihrem Wert erst beurteilt werden, wenn die Admiralität und das Marineministerium sich mit ihnen befaßt hätten. — „Daily Expreß" wendet sich mit besonderer Schärfe gegen die Geheimnistuerei der englischen Regierung und meint ironisch, die britische Regierung werde ihm und den anderen englischen Zeitungen sicherlich erlauben, die britische Antwort auf diese Note aus den amerikanischen Zeitungen nachzudrucken. — Von den liberalen Blättern sagt die „Daily News", für Großbritannien und Frankreich verbleibe nun die Aufgabe, ihr kostbares Kompromiß ans Licht zu bringen Beide könnten dem Schicksal danken, daß sie die Frage der Abrüstung und des Friedens nicht hoffnungslos ruiniert haben. — Der arbeiterparteiliche „Daily Herald" hält die Aussichten für eine Annahme der amerikanischen Gegenvorschläge durch Großbritannien für gering Es bestehe durchaus die Möglichkeit eines vollständigen Zusammenbruches der Flottenabrüstungsverhandlung und die Eröffnung eines Zeitabschnittes des Wettrüstens zur See.

*

Frankreich wartet auf England.

▲ **Paris**, 28. Sept. In französischen politischen Kreisen war die amerikanische Antwortnote als eine Ablehnung des französisch-englischen Flottenabkommens und als ein amerikanisches Manöver zur Zerstörung der zwischen Frankreich und England bestehenden Entente angesehen. Bevor die französische Regierung eine endgültige Stellung zu der Antwortnote nehme, werde sie die Stellungnahme Englands abwarten. Man rechnet damit, daß die englische Regierung jetzt das Flottenkompromiß mit Frankreich aufgebe. Aus diesem Grunde erachte man es für notwendig, daß ohne Verzögerung eine Zusammenkunft der Flottensachverständigen, wie sie von dem holländischen Delegierten Loudon in Genf angeregt worden sei, zusammentreten solle, um die Grundlage für eine Lösung der Frage der Flottenabrüstung zu schaffen. Das „Journal" findet es sonderbar, daß man in der Welt um das englisch-französische Abkommen so viel Lärm mache. Die Urheber dieses Abkommens hätten ungeschickt gehandelt, indem sie die Klausel des Vertrages zunächst verheimlichten. Das „Echo de Paris" kann eine gewisse Befriedigung über die Absage der Vereinigten Staaten nicht verhehlen. Es fordert, daß Frankreich noch wie vor die englische These unterstützen müsse, da London den französischen militärischen Einrichtungen sei, nicht mehr in Frage stelle und da die Theorie der Gesamttonnage Frankreichs zu unangenehmen Auseinandersetzungen mit Italien führen würde. „Figaro" und „Gaulois" suchen die Unzufriedenheit über die Absage Amerikas auf Deutschland abzuwälzen. „Gaulois" schreibt, wenn der deutsche Einfluß die Entscheidung der amerikanischen Regierung auch nicht bestimmt habe, so habe er doch unbestreitbar dazu beigetragen, eine für den französisch-englischen Kompromiß ungünstige Atmosphäre zu schaffen. Ueberraschend sei der Umstand, daß sich Washington offensichtlich von einem Gefühl des Mißtrauens gegenüber den Mächten leiten lasse, mit denen es einen ewigen Friedenspakt unterzeichnet habe. Das englisch-französische Flottenabkommen sei nun tatsächlich aufgegeben. Für die konservative Regierung Baldwins bedeute die amerikanische Note einen harten Schlag. Noch grausamer sei dieser Schlag für den Völkerbund, dem es unmöglich gemacht werde, sein Abrüstungswerk fortzusetzen.

*

Die Tür für weitere Verhandlungen offen.

Newyork, 29. Sept. Die gestern in London und Paris überreichte amerikanische Note wird hier ausnahmslos gebilligt. Vom Weißen Haus wird erklärt, die Note spreche für sich selbst Von seiten des Staatsdepartements wird betont, daß die Note keine Antwort voraussetze. Andere amtliche Kreise ergänzen diese Erklärung dahin, daß die Tür für weitere Verhandlungen nicht geschlossen sei. Den nächsten Schritt müßten die Alliierten unternehmen. Sie müßten den amerikanischen Wünschen entgegenkommen, bevor Amerika sich entschließe, an weiteren Seeabrüstungsbestrebungen teilzunehmen. Als Verhandlungsgrundlage könne der Vorschlag Paul-Boncours vom Jahre 1927, den dieser gegenüber dem amerikanischen Delegierten machte, dienen. Diesen Vorschlag berücksichtige auch die amerikanische Note. Auf alle Fälle müsse jedoch den amerikanischen Bedürfnissen vollkommen Rechnung getragen werden. Amerikas Note sei endgültig und daher von hier gesehen, eines der grundlegendsten amerikanischen Schriftstücke seit dem Waffenstillstand. England und Frankreich befinden sich nunmehr in der Verteidigung.

Der Bankkrach in Kopenhagen.

Schwere Schädigung des dänischen Wirtschaftslebens.

× **Kopenhagen**, 28. Sept Der Zusammenbruch der Privatbank beschäftigt die gesamte dänische Oeffentlichkeit in hohem Maße. Einer der Direktoren der Privatbank erklärte der „National Tidende" gegenüber u. a., daß es geradezu Wahnsinn sei, ein altes und bisher gewinnbringendes Bankinstitut wegen alter aus der Kriegszeit stammender Fehler preiszugeben. Die Privatbank habe an Aktienkapital und Betriebsüberschüssen noch über insgesamt 18 Millionen verfügt. Ferner sei es der Leitung gelungen, sich von befreundeter Seite sowie bei der Nationalbank und den übrigen Großbanken weitere 18 Millionen Kronen zum Zweck der Rekonstruktion zu sichern Es habe die Absicht bestanden, das Aktienkapital bis auf etwa 30 v. H. abzuschreiben In diesem Falle hätte jedoch die Landmannsbank gewisse Engagements im Betrage von 50 Millionen Kronen auf ihre Abwicklungskasse übernehmen sollen, wozu die Genehmigung der Regierung nötig gewesen wäre. Der Handelsminister habe sich auch für die Durchführung dieses Planes eingesetzt, doch sei dies an dem Widerstand der übrigen Mitglieder des Kabinetts gescheitert. Man habe die Privatbank fallen lassen, obgleich sie keineswegs insolvent sei

Um 13 Uhr fand eine Verwaltungsratssitzung der Privatbank statt, in der Direktor Eigtved über den Ausgang der Verhandlungen berichtete. Die Beratungen sollen sich im übrigen um die Frage der Einberufung einer Generalversammlung gedreht haben. Die gesamten Depositengelder der Bank im Betrage von 227 Millionen Kronen sind infolge der Zahlungseinstellung vorläufig gesperrt worden. Die Guthaben ausländischer Kunden sollen, soweit sich zurzeit übersehen läßt, sehr bedeutende Beträge ausmachen. Allein die Verbindlichkeiten in ausländischer Valuta erreichen 32 Millionen Kronen, wozu noch die Schulden in dänischen Kronen kommen. Vorläufig sind noch keine Bestimmungen darüber getroffen worden, welche Maßnahmen zugunsten der ausländischen Kreditoren erfolgen sollen. Wie aus dänischen Wirtschaftskreisen verlautet, werden zweifellos viele Betriebe infolge Sperrung ihrer Einlagen in eine außerordentlich schwierige Lage geraten, besonders im Hinblick auf die am Wochenende fälligen Lohnzahlungen. Man hält es allgemein für wahrscheinlich, daß die Privatbank gezwungen sein wird, in Liquidation zu treten, obgleich von verschiedenen Seiten, so u. a. vom dänischen Industrierat, eine Rekonstruktion gefordert wird

Um 15 Uhr ist das Regierungskabinett zu einer neuen Sitzung zusammengetreten. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird im Laufe des Abends eine offizielle Erklärung herausgegeben werden. Von mehreren Parteiführern **wird auf die Aufnahme neuer Verhandlungen** gedrungen.

Beamtenvertretung beim Reichsfinanzminister.

:: **Berlin**, 30 September (Eig. Drahtb.)

Nach einer Mitteilung der Deutschen Beamtenbund-Korrespondenz empfing Reichsfinanzminister Dr. Hilferding am Freitag eine Vertretung des Deutschen Beamtenbundes. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Kugler und der Direktor Lenz brachten die Wünsche des Deutschen Beamtenbundes zum Vortrag, die sich vor allem auf die Durchführung der Reichstagsentschließungen in dem Zusatzetat mit Wirkung vom 1 April d. Js. bezogen. Es handelt sich hierbei um die Entschließungen, die vom Reichstag bei der Verabschiedung des Besoldungsgesetzes am 16. Dezember 1927 angenommen worden waren. Diese Entschließungen sollten eine Reihe von Härten des Besoldungsgesetzes beseitigen, sind aber bisher nicht durchgeführt worden. Der Reichsfinanzminister erklärte, wie die Beamtenbund-Korrespondenz weiter mitteilt, der Vertretung des Deutschen Beamtenbundes, daß er die Absicht habe, die Entschließungen durchzuführen. Wahrscheinlich werde doch noch ein Nachtragsetat (Personaletat) im Reichstag eingebracht werden. Im Zusammenhang damit würde die Durchführung der Reichstagsentschließungen erfolgen. Die Entschließungen, die noch zum Nachtragsetat bei Wiederzusammentritt des Reichstages im November vorgelegt werden, unterliegen zwar dem Reichskabinett. Er hoffe, daß auch das Kabinett die Einbringung eines Nachtragsetats beschließen werde

Juristische Betrachtungen zur Anleihe-Betrugs-Affäre.

Bleibt Hugo Stinnes straffrei?

Von geschätzter juristischer Seite wird uns geschrieben: In der Oeffentlichkeit hat ein dieser Tage von einem bekannten Berliner Strafverteidiger veröffentlichter Aufsatz Aufsehen und Beunruhigung erweckt, in dem der Verfasser zu dem Ergebnis gelangt, daß die Hugo Stinnes jr. zur Last gelegten Handlungen nicht würden zu seiner Bestrafung führen können, weil die angeblichen strafbaren Handlungen im Ausland begangen und daher nach deutschem Strafgesetz nicht strafbar seien. Diesen Ausführungen muß in zweifacher Hinsicht entgegen getreten werden

Maßgebende Vorschrift ist § 4 Abs. 1, Abs. 2, Ziffer 3 St. G. B Danach werden grundsätzlich im Ausland begangene Straftaten vor deutschen Gerichten nicht verfolgt; ein Deutscher, der im Ausland eine Tat begangen hat, die in Deutschland Verbrechen oder Vergehen ist, kann aber dann bestraft werden, wenn diese Tat auch im Auslande mit Strafe bedroht ist. Hieraus folgert der angezogene Aufsatz die Nichtverfolgbarkeit von Stinnes: seine Taten seien im Auslande begangen, die fremden Staaten hätten keine Aufwertungsgesetzgebung, folglich könnten sie und daher auch Deutschland Stinnes nicht bestrafen. —

Unrichtig ist zunächst einmal, daß die Tat nur im Ausland begangen ist. Gewiß sind auch im Ausland Handlungen erfolgt, aber nach herrschender Rechtsprechung ist eine strafbare Handlung überall dort begangen, wo auch nur ein Tatbestandsmerkmal der unter Strafe gestellten Handlung erfüllt ist. Die Handlungen, die Stinnes und Genossen zur Last gelegt werden, sind — ihre Begehung unterstellt — Fälle des versuchten Betruges im Sinne des § 263 St. G. B., denn den Angeschuldigten wird zur Last gelegt, in der Absicht, sich rechtswidrige Vermögensvorteile zu verschaffen, das Vermögen des Deutschen Reiches zu schädigen versucht zu haben, indem sie in den maßgebenden deutschen Stellen durch Vorspiegelung falscher Tatsachen den Irrtum erregt haben, die von ihnen angemeldeten Anleihen seien Altbesitz. Von diesen Betrugsversuchen ist jedesmal mindestens das Tatbestandsmoment der Täuschung ins Gebiet des Deutschen Reiches gesetzt worden, denn die Anmeldungen sind an Behörden in Deutschland gerichtet und hier zur Kenntnis genommen worden und haben in Deutschland die Irrtümer herbeigeführt. Die strafbaren Handlungen, die Stinnes zur Last gelegt werden, sind also im Reittsinne in Deutschland begangen und können schon deshalb auch von deutschen Gerichten bestraft werden. --

Wären aber auch wirklich sämtliche Tatbestandsmomente ins Ausland gesetzt, so würden doch die in dem angezogenen Aufsatz hieraus gezogenen Schlußfolgerungen unrichtig sein. Es kommt bei der Prüfung der Frage, ob die Handlungen der Stinnes und Genossen auch nach ausländischem Recht strafbar sind oder nicht, doch nicht darauf an, ob es im Ausland Aufwertung und Anleiheanmeldungsstellen gibt Maßgebend ist vielmehr allein, ob z. B. nach französischem Recht jemand strafbar ist, der sich in Frankreich aufhält und von dort aus eine deutsche Stelle zu betrügen versucht. Ebenso wie nach deutschem Recht — § 3 St. G. B. — auch im deutschen Reichsgebiet ein Ausländer bestraft werden kann, der zum Zwecke der Erwerbung eines rechtswidrigen Vermögensvorteils eine ausländische Stelle betrügt (wobei es völlig unerheblich ist, ob es in Deutschland eine entsprechende Stelle und überhaupt entsprechende grundlegende Rechtsverhältnisse gibt, ob also sämtliche Tatbestandsmomente auch in Deutschland verwirklicht werden könnten), so kann nach den Strafrechten der in Frage kommenden Staaten auch ein in ihren Gebieten wohnender Deutscher, der seine Betrügereien gegen Deutsche oder gegen Deutschland richtet, ohne Rücksicht darauf bestraft werden, ob sich eine Handlung derselben Art innerhalb ihres Staatsgebietes in genau derselben Weise begehen lassen würde oder nicht Die in Frage kommenden Staaten — Oesterreich, Frankreich, Holland — verstehen unter Betrug fast genau dasselbe wie wir; auch nach ihrem Strafrecht stellt sich das Stinnes zur Last gelegte Verhalten als Betrug, und zwar zum Nachteil des Deutschen Reiches, dar. Dann können diese Handlungen aber auch nach ausländischem Recht bestraft werden und sind demgemäß — da Stinnes Deutscher ist — nach § 4, Abs. 2 Ziffer 3 St. G. B. auch von deutschen Gerichten verfolgbar.

*

Schneid in Paris verhaftet.

O **Berlin**, 29. Sept. Der in den Kriegsanleihebetrug verwickelte ehemalige Generaldirektor des „Delphin-Palastes" in Berlin, Joseph Schneid, ist, wie die „Vossische Zeitung" aus Paris meldet, am Freitag nachmittag in einem Pariser Hotel verhaftet worden.

*

Die Betrugspläne Schneids.

Berlin, 28. September.

Schneid spielt in der ganzen Betrugsaffäre offenbar eine größere Rolle als man annehmen konnte. Es zeigt sich, daß er zusammen mit dem Direktor Leo Hirsch sehr intensiv bemüht gewesen ist, aus der Aufwertung der Kriegsanleihe ein Riesengeschäft für sich und die Kreise zu machen, die er für seine Pläne zu interessieren sich bemüht hat. Schneid steht in geschäftlicher Verbindung mit dem Bankier Kunert, mit dem er ein großes Grundstücksgeschäft machen wollte Er hatte Fühlung bekommen mit einem Direktor der Mannesmann-Werke und machte diesem und Kunert folgenden Vorschlag: Man wollte eine Gesellschaft mit Riesenkapital gründen und im Auslande, vor allem aber in den abgetretenen und besetzten Gebieten, Kriegsanleihe aufkaufen, die sich in den Händen der Bevölkerung befand. Die Gesellschaft sollte den kleinen Besitzern Darlehen geben, evtl. auch Vorschüsse auf die bevorstehende Aufwertung. Auch schlug Schneid vor, daß man sich mit ausländischen Finanzkreisen in Verbindung setzen müsse, um eine umfassende Organisation aufzuziehen Er trug diesen Plan dem Referenten der Reichsschuldenverwaltung vor, der ihm auseinandersetzte, daß nach dem Wortlaut des Gesetzes Anleihe-Altbesitz, der von einem Konsortium erworben würde, niemals als Altbesitz anerkannt würde In den Plan Schneids war auch Direktor Hirsch eingeweiht. Beide trafen sich in Wien, wo Hirsch versucht hatte, in dortigen Finanzkreisen Stimmung zu machen Man traf sich zur Besprechung mit einem Kaufmann in Wien und einem Agenten, der von Hirsch einige tausend Mark erhielt, um nach Paris zu fahren, wo die Angelegenheit mit einem Konsortium durchgesprochen werden sollte Tatsächlich sind Hirsch und Schneid und der Agent nach Paris gefahren, wo man mit französischen Finanzleuten die Sache besprach, ohne, daß es gleich zu einer Verständigung kam Später in Berlin haben weitere Besprechungen zwischen Hirsch und Schneid stattgefunden, weil Schneid betont hatte, er habe Beziehungen zu Beamten und könne erfahren, welche Anleihestücke in den amtlichen Listen als Altbesitz notieren. Es ist interessant, festzustellen, daß Schneid schon damals wußte, was innerhalb der Reichsbank kaum jemand bekannt sein konnte, daß nämlich Anleihe-Altbesitz-Listen in Geheimarchiven vorhanden waren. Schneid ist vor mehreren Monaten vom Untersuchungsrichter vernommen worden, hat jedoch damals seine Beteiligung als harmlos hingestellt. Am Freitag hat die Staatsanwaltschaft bei Verwandten von Schneid eine Haussuchung vorgenommen, bei der Korrespondenzen beschlagnahmt wurden. U. a. ist dem Untersuchungsrichter ein interessanter Brief in die Hände gefallen, den der Agent an Schneid gerichtet hat. Dieser, der die Absichten Schneids durch seine Teilnahme an den Wiener und Pariser Verhandlungen gut kannte, später aber ausgeschifft wurde, versucht darin seine Kenntnisse finanziell auszumünzen und verlangt Schweigegelder und schrieb zuletzt einen Erpresserbrief mit unverhüllten Drohungen.

*

Schiebungen mit Kommunalanleihen.

Berlin, 28. September.

In den letzten zwei Tagen hieß es verschiedentlich, daß der Bankier Horn aus Amsterdam nicht nur führend an den Kriegsanleiheschiebungen beteiligt sei, sondern außerdem Kommunalanleiheschiebungen in großem Maßstab betrieben habe. Er soll vor allen Dingen Anleihen westdeutscher Städte, insbesondere der Stadt Köln, angemeldet haben

Wie der „K. Z." nun von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, sind die Kommunalanleiheschiebungen des holländischen Bankiers Horn Tatsache. Den Untersuchungsbehörden ist vorläufig allerdings noch nichts davon bekannt, daß die Stadt Köln davon besonders stark betroffen sein soll. Die Frage, ob es sich bei den Kommunalanleiheschiebungen vor allem um solche westdeutscher Städte im allgemeinen handelt, wird zurzeit von den zuständigen Stellen mit Stillschweigen beantwortet. Was die Höhe der Hornschen Kommunalanleihefälschungen betrifft, so halten die zuständigen Stellen die in der Presse genannten Summen von 50 bis 100 Millionen Mark nicht für übertrieben. Auch die Frage, ob es sich bei den Transaktionen mit Kommunalanleihen nur um einen versuchten oder einen vollendeten Betrug handelt, bleibt vorläufig offen. Aber nach allem, was bisher ruchbar geworden ist, kann man nur folgern, daß die Kommunen durch die Manipulationen des holländischen Bankiers schwerer geschädigt worden sind als das Reich, daß also hier zum großen Teil vollendeter gelungener Betrug vorliegt. Die Untersuchungsbehörden nehmen zurzeit bei verschiedenen Berliner Banken Untersuchungen vor, zunächst zwar nur dahin, ob die Betrüger dort Konten laufen hatten, bei deren Aufmachung die Banken guten Glaubens von der Legalität der Geschäfte ihrer Kunden sein konnten. Die Ermittlungen laufen aber auch noch in andrer Richtung.

Die Sicherheit auf der Reichsbahn

Der Bericht des Untersuchungsausschusses.

Berlin, 29. Septbr.

Im Untersuchungsausschuß für die Reichsbahn ist es zu einem Ausgleich der Meinungen gekommen, sodaß ein einheitlicher Bericht vorgelegt worden ist. Das „Berl. Tageblatt" gibt Einzelheiten daraus wieder. Wie wir erfahren, dürften diese Mitteilungen stimmen. Da im übrigen der Bericht der Oeffentlichkeit noch vorenthalten wird, heben wir aus ihm nach den Angaben des „B. T." einiges hervor.

Die Zahl der Entgleisungen ist von 336 in dem Jahre 1913 auf durchschnittlich 443 in den letzten Jahren gestiegen.

Dabei muß allerdings im Auge behalten werden, daß die Entgleisungen des Jahres 1913 für das Reichsgebiet in seinen früheren Grenzen gelten. Die Zahl der Zusammenstöße hat sich von 308 auf 222 verringert. Dagegen sind die Unfälle infolge Ueberfahrens von Fuhrwerken recht erheblich, nämlich von 183 auf 255 im Jahre gestiegen. Die Ursachen aller Entgleisungen und Zusammenstöße zusammengenommen lagen im Jahre 1913 zu 4,5 Prozent in „Mängeln des Oberbaus" im Durchschnitt der Jahre 1925-28 aber zu 12,8 Prozent! Ebenso waren „Mängel an Fahrzeugen" für Entgleisungen und Zusammenstöße im Jahre 1913 in 11,4 Prozent, im Durchschnitt der Jahre 1925-28 16 Prozent aller Unfälle die Ursache. Dagegen trug die „falsche Handhabung des Dienstes" die Schuld an solchen Unglücksfällen im Durchschnitt der Jahre 1925-28 nur zu 53.7 Prozent aller Fälle, im Jahre 1913 dagegen zu 60.3 Prozent. Die falsche Handhabung des Dienstes hat also in den letzten Jahren prozentual weniger Unglücksfälle als vor dem Kriege herbeigeführt.

Der Untersuchungsausschuß verlangt zunächst, daß

die Personalbeanspruchung

stets unter der Grenze bleibt, bei der der Mensch infolge Ermüdung seine Arbeit nicht mehr mit der nötigen Zuverlässigkeit und Sorgfalt verrichten und infolge Häufung der mechanischen und Denkarbeit den Bewegungsvorgängen auf den Geleisen nicht mehr sicher folgen kann. Der Ausschuß stellt auch fest, daß es mit dem relativen Begriff der Betriebssicherheit nicht getan ist, der sich aus einem Vergleich der jährlich auftretenden Unfälle ergibt Es müßten vielmehr die verschiedenen technischen und persönlichen Faktoren die die Betriebssicherheit gewährleisten, gesondert für sich betrachtet werden. Ausdrücklich stellt der Ausschuß weiterhin fest, daß das Personal im allgemeinen „ausgelastet" ist, d. h. daß es bis an die Grenze seiner Arbeitsfähigkeit beschäftigt ist. Bei mehreren Dienststellen sei allerdings die Beanspruchung derart gewesen,

„daß teilweise eine Entlastung des Personals im Interesse der Betriebssicherheit geboten erscheint".

Der Ausschuß verlangt daher eine Revision der Dienstdauervorschriften Insbesondere wird gefordert, daß das Höchstmaß der wöchentlichen Arbeitszeit des im eigentlichen Betriebsdienst verwendeten Personals herabgesetzt wird Ferner wird gefordert, daß die Dienstpläne eine elastischere Abstufung der Arbeitszeit nach dem Grade der Schwere des Dienstes vornehmen. Das süddeutsche Personal, insbesondere das Personal auf den bayerischen Strecken, hält zäh an dem täglichen Schichtwechsel im Gegensatz zu dem halb- oder ganzwöchigen Schichtwechsel der norddeutschen Dienstpläne fest. Der Ausschuß stellt im Gegensatz dazu fest: Vom Standpunkt der Betriebssicherheit sei es nicht vertretbar, daß auf besonders schwierigen Dienstposten häufig innerhalb vierundzwanzig Stunden zweimal je acht Stunden Dienst geleistet wird, mit einer Unterbrechung von nur acht Stunden (Bekanntlich war das bei den Beamten auf dem Münchener Hauptbahnhofe der Fall, als das letzte große Unglück passiert ist.)

Der Ausschuß vertritt weiter die Ansicht, daß das Fehlen eines Betriebsleiters im Bezirk der süddeutschen Eisenbahndirektionen als ein Mangel gegenüber der norddeutschen Organisation betrachtet werden muß. Die fehlende Einheitlichkeit müsse sich in einer nicht genügend intensiven Betriebsüberwachung und in unzureichender Betriebsdisziplin auswirken. Auch werde das Netz nicht, wie erforderlich, planmäßig und einheitlich ausgestaltet. Darum wird

ein Betriebsleiter mit entsprechenden Befugnissen bei allen Eisenbahndirektionen gefordert.

Der Ausschuß stellt fest, daß nach dem Kriege die Reichsbahnverwaltung bemüht war, den Oberbau wieder in einen guten Zustand zu bringen. Dagegen

mangele es an einer planmäßigen Gleispflege.

Statt dieser planmäßigen Gleispflege wird nach den Feststellungen des Ausschusses noch die sogenannte Flickarbeit angewendet, bei der ohne bestimmtes System die gröbsten augenfälligen Mängel am Gleise beseitigt werden, ohne daß damit auf absehbare Zeit eine unbedingte Betriebssicherheit der betreffenden Stellen der Reichsbahn erreicht wird. Im Interesse der Betriebssicherheit fordert der Ausschuß eine allgemeine Aufnahme der neuzeitlichen Gleispflege.

Der Ausschuß ist der Meinung, daß die bisherigen Umbauquoten für den Ersatz der überalterten Strecken nicht überall ausreichen. Es sei auch zweifelhaft, ob die Bedingungen, die an die Güte der Schienen gestellt werden, den heutigen Anschauungen noch entsprechen. Die Praktiker klagen im allgemeinen über

die geringere Güte der Schienen gegen früher.

Es bestehe auch die Annahme, daß die auf rein mechanische Prüfung eingestellten Lieferungsbedingungen nicht mehr ausreichen, sondern durch eine bereits in Aussicht genommene metallurgische Prüfung des Schienenstoffes ergänzt werden müssen. „Eine abschließende Regelung dieser Frage ist dringlich" sagt der Ausschuß.

Der Ausschuß empfiehlt eine

gründliche Prüfung, ob die konstruktive Entwicklung von Lokomotiven und Wagen in einem richtigen Verhältnis zum Oberbau und zu der Gleiskonstruktion steht.

Er verlangt den verstärkten Uebergang von der Holzkonstruktion zur Eisenkonstruktion der Wagen und einen Ersatz der Stangenpuffer durch Hülsenpuffer. Für den in manchen Direktionsbezirken (Süddeutschland) noch verhältnismäßig großen Bestand an überalteten Wagen sei eine beschleunigte Ausmusterung zu verlangen.

An den Signalen wird ebenfalls Kritik geübt. Es wird eine

Vereinheitlichung der Signalbilder gefordert,

damit der Lokomotivführer nicht irritiert wird. Für den Rangierdienst wird eine genaue Nachprüfung der Dienstvorschriften verlangt, die die Sicherheit des Rangierpersonals gewährleistet.

Die Untersuchung des mittleren Teiles des Hauptbahnhofs München hat ergeben, daß durch die beabsichtigte Zentralisierung bezüglich der Leistungsfähigkeit der vorhandenen Gleisanlagen ungemein schwierige Verhältnisse entstehen werden. Der Ausschuß bringt „mit allem Nachdruck zum Ausdruck", daß die Herstellung eines Abstellbahnhofs mit den dazu gehörigen Betriebseinrichtungen in München „unter allen Umständen mit größter Beschleunigung gefordert werden muß"

Die zahlreichen Kraftwagenunfälle auf Wegübergängen haben den Ausschuß zu der Feststellung veranlaßt, daß

an vielen Uebergängen die unbedingt zu fordernde Uebersichtlichkeit zu wünschen übrig läßt

oder gar nicht vorhanden ist. Hier müsse in verstärktem Maße Abhilfe geschaffen werden. Auch die Beleuchtungsmittel seien zu verbessern und zu vermehren. Die Automobilisten werden wegen häufiger Unvorsichtigkeit getadelt.

Der Ausschuß richtet an den Reichsverkehrsminister als oberstes Aufsichtsorgan schließlich den unmittelbaren und persönlichen Appell, die Umgestaltung und Vereinheitlichung der Fahrdienstvorschriften entsprechend der neuen Bau- und Betriebsordnung im Benehmen (nicht im Einvernehmen. D. Red.) mit der Deutschen Reichsbahngesellschaft baldigst in die Hand zu nehmen und einheitliche Vorschriften anzustreben."

Offiziell wird die Denkschrift des Untersuchungsausschusses vermutlich am nächsten Mittwoch bekanntgegeben werden.

Die Angriffe Zaleskis gegen die deutsche Presseberichterstattung.

:: **Warschau**, 29 September.

Der Minister des Auswärtigen, Zaleski, läßt durch die polnische Telegrafenagentur eine Erklärung veröffentlichen, in der er den von ihm in seinem bekannten Interview gegen die deutsche Presse erhobenen Vorwurf tendenziöser Berichterstattung über Polen zu begründen sucht.

So hätten gewisse deutsche Blätter unter anderem nicht nur zu seiner Genfer Rede tendenziös Stellung genommen, sondern auch bei der Wiedergabe dieser Rede sich Veränderungen des Inhalts zuschulden kommen lassen, um eine Rechtfertigung für diese tendenziösen Kommentare zu haben Auch Blätter die bisher Polen gegenüber ihre Objektivität bewahrt hätten, hätten begonnen, über polnische Angelegenheiten ganz anders als früher zu berichten So sei u a seine Reise nach Rom im Frühjahr, ebenso wie die Erkrankung Pilsudskis falsch dargestellt und als Anlaß zur Verbreitung unwahrer Nachrichten benutzt worden Insbesondere führt der Minister Klage über die Nachrichten, die vor der Wilnaer Legionärstagung in der deutschen Presse verbreitet worden seien, und in denen an Hand von Berichten der Telegrafen-Union über die von Bajonetten starrende Grenze gegenüber Litauen, über blutige Kämpfe und Zusammenstöße, die es nie gegeben habe, und über die angebliche Einführung eines geheimen Kriegszustandes in Polen geschrieben wurde Sogar bei politisch bedeutungslosen Nachrichten sei die Berichterstattung nicht einwandfrei U. a. sei in einer deutschen Zeitung gemeldet worden, daß der Brand der Lodzer Chemikalienfabrik 30 Todesopfer gefordert habe während in Wirklichkeit kein einziger Toter zu verzeichnen gewesen sei.

Zum Schluß führt der Minister aus, daß die Aufgabe der deutschen Korrespondenten in Polen nicht darin bestehe, die Gegensätze zu vertiefen, sondern im Gegenteil darnach zu trachten, daß sie verschwinden. Er könne es sehr gut verstehen, daß diese Besserung auch von einer objektiven und gerechten Beleuchtung der deutschen Politik in der polnischen Presse abhängig sei und hege keinen Zweifel, daß er bei seinen Bestrebungen bei der gesamten polnischen Presse das richtige Verständnis finden werde. Es sei sein heißester Wunsch, daß in den deutsch-polnische Beziehungen der Grundsatz der gegenseitigen unvoreingenommenen Presseinformation zur Geltung komme. Er habe ebenso wie die ihm unterstellte Presseabteilung den deutschen Korrespondenten in Warschau das Höchstmaß von Vertrauen und Wohlwollen entgegengebracht. Um das beiderseitige Vertrauen zu erhalten, habe er beschlossen, die von ihm angeführten Angelegenheiten aufzurollen in der Hoffnung, dabei richtig verstanden zu werden.

Abschluß des internationalen Kongresses der christl. Gewerkschaften.

× **München**, 28 Sept. Die Verhandlungen des internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften fanden am Freitag nachmittag ihren Abschluß Der belgische Delegierte Pauwel-Brüssel erstattete einen eingehenden Bericht über den Stand und die Aufgaben der internationalen Sozialpolitik Die Berichte der einzelnen Ausschüsse wurden unverändert genehmigt. Schließlich nahm die Tagung eine umfangreiche Entschließung an, in der die Forderungen der einzelnen Referenten zusammengefaßt sind. Danach stellt der Kongreß fest, daß die moderne Entwicklung des Wirtschaftslebens, die größtenteils als Konzentration oder Rationalisierung zu bezeichnen sei, zwar größtenteils aus reinen egoistischen Gründen erfolgte, daß diese Entwicklung aber doch eine natürliche Entwicklung des Wirtschaftslebens darstellen könne. Die christlichen Gewerkschaften wollen dieser Neuordnung des Wirtschaftslebens ihre Kräfte widmen, wenn die Neuordnung dem Gemeinwohl bewußt untergeordnet wird und den wirklichen Zielen der Wirtschaft entspricht und wenn dabei die geistigen und sittlichen Interessen nicht geschädigt werden. Die internationale Organisation der Arbeit soll die Untersuchungen über die durch die Rationalisierung gebotenen Schutzmaßnahmen energisch fortsetzen und durch das internationale Rationalisierungsinstitut richtige Rationalisierungsbegriffe verbreiten. Der Völkerbund soll entsprechend dem Vorschlag der Genfer Weltwirtschaftskonferenz die Form und Wirkungen der marktbeeinflussenden Konzerne und Kartelle internationaler und nationaler Art untersuchen. Er soll ferner durch ein internationales Abkommen dafür Sorge tragen, daß in allen Ländern die Registrierungs- und Publizitätspflicht der Kartelle und Konzerne durchgeführt wird. Schließlich erinnert der Kongreß an die neuen geistigen und sittlichen Gefahren, die durch die neue Entwicklung des Wirtschaftslebens entstehen und richtet an die kirchlichen Kreise die Forderung, diesen Gefahren ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen. Der Präsident Otte dankte in seiner Schlußansprache allen Delegierten für die Mitarbeit an dem erfolgreichen Verlauf des Kongresses und schloß die Tagung mit der zuversichtlichen Hoffnung, daß die gemeinsame Arbeit in München reiche Früchte für die Arbeiterschaft aller Länder bringen möge.

Vier Arbeiter durch Gas vergiftet.

● **Hamburg**, 29. Sept. Auf dem Gelände der Gaswerke in der Rothenburgstraße hat sich am Sonnabend vormittag ein schweres Unglück ereignet. Dort waren Tiefbauarbeiter damit beschäftigt, Rohre abzudichten, in die Grundwasser eingedrungen war. Vier Arbeiter, die in die Rohre gekrochen waren, gaben keine Lebenszeichen mehr von sich. Man alarmierte darauf die Feuerwehr. Vier mit Gasmasken versehene Beamten begaben sich sofort in die Rohre, mußten aber gleich darauf ebenfalls in bewußtlosem Zustand wieder herausgeschafft werden. Sofort hat man die Rohre an einigen Stellen aufgeschnitten, sodaß man die vier verunglückten Arbeiter herausholen konnte. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Bei den Feuerwehrleuten scheint offenbar Lebensgefahr nicht zu bestehen. Eine Untersuchung über die Art der Gasvergiftung ist eingeleitet.

Von Nah und Fern.

Ein Berliner Straßenbahnwagen in Brand.

× **Berlin**, 29. Sept. In der Heerstraße geriet gestern nachmittag das Kabel auf dem Dache eines Triebwagens der Straßenbahnlinie 75 in Brand, und in wenigen Sekunden stand das Verdeck in hellen Flammen. Unter den Fahrgästen entstand eine Panik, eine Frau sprang aus dem fahrenden Wagen auf den Fahrdamm, wo sie schwer verletzt liegen blieb. Passanten alarmierten sofort die Feuerwehr, die jedoch nicht mehr in Tätigkeit zu treten brauchte, da der Straßenbahnschaffner die Stromverbindung ausgeschaltet hatte, wodurch der Brand von selbst erstickte

Zugzusammenstoß.

⊙ **Nürnberg**, 29. Sept. Am 29. September gegen 1 Uhr nachts ist beim Anhalten des beschleunigten Personenzuges 848 Berlin—München in Station Ludwigstadt dessen Zugangslokomotive auf den Zug aufgestoßen. Ein Personenwagen ist entgleist, ein Güterwagen wurde beschädigt. Neun Reisende wurden leicht verletzt. Zug 848 erhielt 37 Minuten Verspätung.

Einsturz zweier Häuser.

× **Stralsund**, 28. Sept. Heute kurz vor 6 Uhr stürzten in der Langenstraße zwei Häuser ein. Das Unglück dürfte durch einen Ladenumbau im Erdgeschoß veranlaßt worden sein. Die Bewohner waren zum Teil abwesend und die Bauarbeiter hatten bereits Arbeitsschluß gemacht Feuerwehr, Reichswehr und Polizei waren schnell zu den Aufräumungsarbeiten an der Unglücksstätte erschienen. Bis 8 Uhr waren drei leichtverwundete Personen aus den Trümmern geborgen und wurden in das Krankenhaus gebracht. Mit einer vierten, noch eingeschlossenen Verunglückten konnte eine Verständigung herbeigeführt werden und man hofft, sie lebend bergen zu können.

Folgenschwerer Kesselsprung einer Eismaschine.

× **Much**, 29. Sept. Beim Abmontieren einer Eismaschine in einer hiesigen Molkerei zersprang plötzlich der Säurekessel Die umherspritzende Säure traf die beiden Arbeiter, Vater und Sohn, ins Gesicht. Beide wurden schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Strenger Winter im Norwegen.

Oslo, 29. Sept. Ganz Norwegen ist bis hinunter nach Oslo mit Schnee bedeckt. Aus fast allen Gegenden wird Kälte bis zu 10 Grad unter Null gemeldet.

Die Explosion beim Fort Hoboken.

◆ **Antwerpen**, 28. Sept. Die in Zusammenhang mit der Explosion beim Fort Hoboken verhafteten drei Männer sind wieder freigelassen worden. — Havas berichtet, daß die Mannschaft der 5 Infanterie, die in dem von der Explosion betroffenen Fort Hoboken untergebracht war, trotz des Ablaufs ihrer Dienstzeit mit dem heutigen Tag bis auf weiteres im Dienst gehalten wird.

Der Flieger Vidal gegen Lösegeld freigelassen.

+ **Paris**, 28. Sept. Wie aus Casablanca gemeldet wird, sind der französische Flieger Vidal und sein Begleiter, die kürzlich in Spanisch-Marokko notlanden mußten, und von einem Eingeborenen-Stamm gefangen gehalten wurden, nach schwierigen Verhandlungen gegen Lösegeld freigelassen worden. Um die Loskaufung zweier anderer französischer Fliegeroffiziere sind seit Wochen Verhandlungen im Gange, die jedoch bisher ergebnislos gewesen sind.

Ueberschwemmungen in Süd-Frankreich.

◇ **Paris**, 29. Sept Das Ende der Woche war in fast allen Gegenden Frankreichs durch heftige Gewitter und Regenfälle ausgezeichnet In der Gegend von Pont du Fosse ist der Wrac aus seinen Ufern getreten und hat den Ort teilweise unter Wasser gesetzt Bei St. Clément riß der durch die Wasser angeschwollene Gebirgsbach einen Teil der Nationalstraße weg, verstopfte die Eisenbahnbrücke und überschwemmte den Bahnkörper mit über 100 Kubikmeter Geröll Die Lokomotive eines Güterzuges und der Gepäckwagen versanken in Schmutz und Geröll Der Verkehr ist für mehrere Tage sowohl auf der Straße wie auf der Eisenbahnstrecke unterbunden. Schäden werden auch von Largentiere-Savines gemeldet. Bei Bourg d'Orsans wurden drei Dörfer überschwemmt.

Byrds Südpolfahrt.

+ **Newyork**, 29. Sept. Wie „Herald Tribune" erfährt, hat Commander Byrd das Staatsdepartement um Instruktionen ersucht für den Fall, daß Amerika Gebiete, die während seiner bevorstehenden Polarreise gegebenenfalls entdeckt würden, als amerikanisches Territorium beanspruchte

Vermischtes.

Kein 7-Uhr-Ladenschluß an Sonntagen vor Weihnachten.

Bocholt, 26. Septbr. Der preußische Minister für Handel und Gewerbe hat mitgeteilt, daß er den Antrag der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, an den Ausnahmesonntagen vor Weihnachten einen erweiterten Geschäftsverkehr bis 7 Uhr zuzulassen, abgelehnt hat. Mit dieser Entscheidung hat der preußische Handelsminister der Stellungnahme und Rechtsauffassung der Vertreter der Angestelltengewerkschaften entsprochen.

Mißstände im Wechselverkehr.

Die Niederrheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel schreibt uns:

„Die Spitzenverbände der Wirtschaft, nämlich:
Deutscher Industrie- und Handelstag
Reichsverband der Deutschen Industrie
Reichsverband des Deutschen Groß- u. Ueberseehandels e. V.
Centralverb. des Deutschen Bank- u. Bankiergewerbes e. V.
Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels
Reichsverband des Deutschen Handwerks,
haben in mehreren Besprechungen die Frage geprüft, wie offensichtliche Mißstände im Wechselverkehr durch geeignete Einwirkung auf die hieran beteiligten Deutschen Wirtschaftskreise beseitigt werden können.

Es hat sich im Laufe der letzten Zeit herausgestellt, daß in immer mehr zunehmendem Umfange Wechsel unversteuert an die Warenlieferanten gesandt werden, ohne daß sich die Warenabnehmer darüber klar sind, daß sie hierdurch gegen die Bestimmung des § 5 des Wechselsteuergesetzes gröblich verstoßen und in Strafe genommen werden können.

Eine weitere Unsitte ist die Inzahlungnahme vordatierter Wechsel. Dabei scheint Unklarheit darüber zu bestehen, daß die Laufzeit aller Wechsel mit dem Tage der tatsächlichen Ausstellung oder Versendung beginnt.

Da diese Mißstände im Wechselverkehr die ordnungsmäßige Abwicklung der Geschäfte erheblich beeinträchtigen, haben sich die Spitzenverbände der Wirtschaft zu durchgreifenden Maßnahmen gegenüber solchen Firmen entschlossen, die trotz vorheriger Verwarnung bei einer den vorstehenden Grundsätzen zuwiderlaufenden Behandlung verbleiben. Es werden daher alle Empfänger von unversteuerten Wechseln aufgefordert, die Angelegenheit, wenn nicht ohne weiteres die Abstellung des Mangels durch den Aussteller erfolgt, der für die verantwortliche Firma zuständigen Industrie- und Handelskammer bezw. Handwerkskammer mitzuteilen. Die Kammer wird sodann die betr. Firma auf das Unzulässige ihrer Handlungsweise hinweisen und nötigenfalls mit den zuständigen Behörden in Verbindung treten. Die vorstehend bezeichneten Spitzenverbände sind ebenfalls bereit, etwaige an sie ergehende Mitteilungen der in Betracht kommenden Kammer zur weiteren Veranlassung zuzuleiten."

Turnen, Sport und Spiel.

Radsport.

Radlerfreunde Hochfeld-Bocholt.

Am Sonntag, den 23. ds. Mts. ließ der Club Radlerfreunde Hochfeld-Bocholt seinen dritten Lauf um die Club-Meisterschaft von Stapel gehen. Der Meister wurde in den drei Läufen durch Punkte ermittelt. Die Gesamtkilometerzahl betrug 237 Kilometer; sie wurden in der guten Zeit von 7:28 Std. zurückgelegt. Nachstehend das Ergebnis:

Clubmeister 1928: Joh. Stewens; 2. Otto Laar, 3. Heinr. Brügging, 4. Franz Jungeblut, 5. Albert Sewing, 6. Herm. Eiting, 7. Bernh. Haas.

Jugendmeister 1928: Herm. Quirmbach, 2. Heinr. Borgers. Den Siegern ein dreifaches „All Heil!"

Sportfreunde 97 Bocholt auf Reisen!

Am nächsten Sonntag fährt die 1. Elf zum fälligen Meisterschaftsspiel nach Duisburg. Sie trifft hier einen alten Bekannten aus den vorjährigen Meisterschaftsspielen die 1. Elf Schwarz-Weiß Duisburg. Bekanntlich ist auf dem Duisburger Felde nicht leicht zu siegen. Die Sportfreunde werden nur unter Hergabe ihres ganzen Könnens ehrenvoll bestehen. In den letzten Meisterschaftsspielen konnten die Orangeblusen in Duisburg ein Remis erzielen, während die Duisburger bekanntlich in Bocholt mit 3:1 geschlagen heimkehren mußten. Die Mannschaftaufstellung ist folgende: Hünting; Tepasse, Uebbing; Rademacher, Hollard, Dünkelmann; Elskamp, Schröer, Welling, Brendjes, Lohberg. Die Reservemannschaft wird die Punkte kampflos erhalten, da einige Spieler der Duisburger Mannschaft nicht antreten können. Jugendkraft Heil!

Biergenuß und Sport.

Auf den in unserer Ausgabe vom 23. September veröffentlichten Artikel „Biergenuß und Sport" von einem Trainer Gerhard Barth aus München erhalten wir folgende Entgegnung:

Die Frage, ob bei Ausübung des Sports mäßiger Alkoholgenuß zuträglich sei oder nicht, ist keinenfalls, wie Herr B. schreibt, vielumstritten, sondern jeder Sportsmann weiß aus eigener Erfahrung, daß auch mäßiger Alkoholgenuß für ihn schädlich ist. Anscheinend ist dem Herrn B. das Merkblatt des „Deutschen Aerztebundes zur Förderung der Leibesübungen": „Was muß jeder Sportsmann und Turner vom Alkohol wissen", unbekannt.

Dies besagt: Er muß wissen:

1. Alkohol in geringen Mengen belebt das Nervensystem. Dieser Belebung folgt aber nach kurzer Zeit eine Erschlaffung. Bei mittleren und größeren Mengen unterbleibt die belebende Wirkung; es tritt vielmehr sofort Erschlaffung ein.

2. Während des Trainings ist Enthaltung von Alkohol unbedingt geboten.

3. Alkohol darf nie — auch in kleinsten Mengen nicht — vor einer turnerischen oder sportlichen Leistung genossen werden. Er wirkt immer ungünstig. Der leichten Anregung folgt, fast stets noch vor Ablauf auch einer sehr kurzen Leistung, die gefährliche Erschlaffung. Gerade der halbe Meter, um den man auf kurze Strecken schlechter wird, kann einen den Sieg kosten.

4. Auch nach sportlicher oder turnerischer Anstrengung ist Alkohol in der Regel — für den noch nicht ausgebildeten Körper unbedingt — schädlich. Mehr noch als den frischen, erschlafft er den angestrengten Körper. Durch seine lähmende Wirkung täuscht er oft gesunde Müdigkeit vor, verdeckt aber damit Unruhe und Aufregung, die Zeichen der Ueberanstrengung. Wer diese Zeichen nicht beachtet, hat an den Folgen oft lange zu leiden.

5. Als — sehr selten nötiges — raschwirkendes Mittel gegen gewisse Erschöpfungszustände gehört der Alkohol nur in die Hand des Arztes oder — in dessen Abwesenheit — des älteren, erfahrenen Sportführers.

6. Wer nicht nur eine einmalige Höchstleistung erstrebt, sondern möglichst lange leistungsfähig bleiben will, sollte auch außerhalb der eigentlichen Uebungszeit Alkohol nach Möglichkeit meiden: Alkoholgenuß setzt Schwung, Lust und Kraft zu tüchtiger turnerischer oder Sportarbeit herab.

7. Die größten Meister des Sports und die besten Turner leben frei oder so gut wie frei von Alkohol: sie wollen nicht ermüden, wollen einen festen, zähen Willen behalten. Dieser Enthaltsamkeit verdanken sie zum großen Teil ihre Erfolge. Willst du es daher im Turnen oder Sport wirklich vorwärts bringen, so mache es wie sie:

Ob gegen Durst frisches, reifes Obst, trink frisches Wasser, reine Obstsäfte, gute Milch!

Deutscher Aerztebund zur Förderung der Leibesübungen:
gez. O.-R.-R. Dr. Mallwitz. gez. Dr. Forster.

Es folgen nun eine Reihe Unterschriften von den bekanntesten deutschen Sportlern und dem Vorstand der Deutschen Turnerschaft.

Soweit das Merkblatt, das auf ganz anderem Standpunkte steht, wie Herr B. Völlige Enthaltung von Alkohol steigert die Leistungsfähigkeit, erhöht die Schaffenslust und vermehrt die Lebensfreude.

Die größten Meister des Sportes und die besten Turner leben ohne Alkohol. Der deutsche Meisterläufer Dr. Peltzer, Stettin, meint: „Echter Sport ist Wille zur Leistung und hat damit den Antrieb zur enthaltsamen Lebensweise in sich". — Aehnlich der Sportschriftsteller Hans Grahmann, Stuttgart: „Wollen wir im Sport zur Höhe der Leistungen kommen, dann können wir kein Genußmittel brauchen, wie es der Alkohol ist: ein schlechtes, teures Nährmittel, einen trügerischen Wärmespender, ein das Nervenzentrum und die geistige Kraft lähmendes Mittel. Es heißt Kraft- und Energiequellen suchen, ohne schädliche Nebenwirkungen in den Kauf nehmen zu müssen". (Grahmann, H.: „Hüte dich, junger Sportsmann", Selbstverlag Stuttgart.)

Frau und Konsumgenossenschaft.

Die diesjährige Verbraucherwoche des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine, Köln, hat zum Leitgedanken, die Frauenwelt mit dem Wesen der Konsumgenossenschaften vertrauter zu machen. Die Frauen, durch deren Hände der größte Teil des für Lebensbedürfnisse ausgegebenen Geldes geht, werden im heutigen Wirtschaftssystem mit einer Flut von Warenangeboten jeder Art überhäuft. Es wird ihnen immer schwerer gemacht, ihre Aufgabe zu erfüllen, die darin besteht, durch zweckvollste Verwendung des Haushaltungsgeldes Gesundheit und Wohlstand der ihrigen zu fördern und die Lebenshaltung der Familie zu heben.

Die Konsumgenossenschaften bieten ein neues Wirtschaftssystem, dessen Prinzip, ebenso wie das der Hauswirtschaft, die Bedarfsdeckung ist. Der Zusammenschluß der Verbraucher zu einer Konsumgenossenschaft bedeutet zugleich das einheitliche Einsetzen der Kaufkraft einer Familie auf das eine Ziel, das Realeinkommen zu steigern. Diesem Ziele dient die Konsumgenossenschaft durch die Ausschaltung des Profits auf dem Wege der Rückvergütung, durch ihre preisregulierende Tätigkeit, durch Barzahlung und Sparkasse, durch Erziehung der Mitglieder zur Warenkenntnis und zum Konsum von genossenschaftlichem Wertgut und durch Verzicht auf die Auswüchse des Wettbewerbs: ewige Ausverkäufe, Zugabeunwesen und dergl. Gegen das Zugabeunwesen hat der Reichsverband deutscher Konsumvereine noch jüngst auf seinem 19. Genossenschaftstag in Essen einstimmig Stellung genommen.

Die Organisation der Kauf- und Sparkraft in den Konsumgenossenschaften dient aber nicht nur der einzelnen Familie. Sie schafft auch genossenschaftliches Kollektiveigentum und gibt den arbeitenden Schichten damit die beste Basis für Mitbesitz und Mitbestimmung in der Wirtschaft. Auf Grund dieser Leistungen ist die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung, die heute schon fast 4 Millionen Familien organisiert und im letzten Jahre weit über 1 Milliarde Reichsmark umsetzte, eine notwendige Ergänzung der Standesbestrebungen der Lohn und Gehalt empfangenden Schichten.

Heute letzte Nummer
Eilen Sie!!
Es ist die höchste Zeit!

Wollen Sie noch rechtzeitig in den Besitz der ersten Nummer des kommenden Monats gelangen, so erneuern Sie noch heute ihr Abonnement auf das

„Bocholter Volksblatt!"

Geschäftsstelle Bocholt, Realschulstr. 14.

Geschäftliches.

Zur Frage der Stickstoffdüngung der Herbstsaaten.

Es besteht heute noch keineswegs allgemeine Uebereinstimmung in der Frage, ob man dem Wintergetreide bereits im Herbst eine Stickstoffdüngung mitgeben soll oder nicht. Die Beobachtungen des letzten Jahres mit seinen starken Auswinterungsschäden, besonders in Ostdeutschland und in ungünstiger klimatischer Lage, lehren jedoch, daß die Gefahr der Auswinterung durch reichliche Anwendung von Kalkstickstoff im Herbst wesentlich vermindert wird. Saaten, die im Herbst die ganze oder auf leichten Böden einen Teil der beabsichtigten Stickstoffgabe in Form von Kalkstickstoff erhalten hatten, widerstanden dem ungünstigen Wetter im Frühjahr besonders gut und brachten sehr zufriedenstellende Erträge. Der Kalkstickstoff eignet sich deshalb besonders für die Herbstdüngung, weil er sich bei niedrigen Temperaturen nur sehr langsam umsetzt und nicht zu leicht ausgewaschen wird. Auf schweren Böden gibt man daher unbedenklich die ganze beabsichtigte Kalkstickstoffgabe vor der Saat. In vielen Gegenden hat sich seine Anwendung zu Zuckerrüben bereits im Herbst eingebürgert. Man pflügt ihn in diesem Falle unter. Vorbedingung für die gute Wirkung einer Herbstdüngung mit Stickstoff wie überhaupt einer jeden Düngung ist jedoch, daß sonst keine Fehler bei der Bestellung gemacht werden. Anwendung erstklassigen Saatgutes, rechtzeitige, nicht zu starke Aussaat in abgelagertem, unkrautreiem Boden sind Vorbedingung für die gute Rentabilität jeder Düngung. Man soll nicht glauben, verspätete Aussaat durch eine Stickstoffdüngung ausgleichen zu können! Das letzte Jahr hat uns wieder gezeigt, daß spätgesäte Saaten der Auswinterung am leichtesten zum Opfer fallen. Daher rechtzeitig säen und richtig düngen! Der Erfolg wird dann nicht ausbleiben.

* * *

Sie können mit jeder Toilette-Seifen Ihre Haut von Schmutz reinigen aber die lästigen Hautübel wie:
Unreine Haut, Pickel, Mitesser, Sommersprossen, Haut- und Gesichtsausschläge,
beseitigen Sie nur mit
Obermeyer's Medizinal Herba-Seife
in ganz kurzer Zeit. Dies beweisen tausende von ärztlichen Gutachten.
Zur Nachbehandlung empfiehlt sich:
Herba-Creme.
Durch beide Präparate erreichen Sie eine **reine blendendweiche Haut.** Obermeyer's Herba-Seife und Herba-Creme sind zu haben in allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien und Friseurgeschäften.

Man achte genau auf die Marke Union!

Heizt Union Briketts

Hohe Heizkraft, altbewährt. Sauber, billig, allbegehrt. Frei von Rauch, Geruch und Ruß, Ohne Schlacke, ohne Grus.

Bekanntmachung.

Bei Ausführung von Eisenkonstruktionen sind verschiedentlich gröbliche Verstöße gegen die Regeln der Baukunst vorgefunden. Es ist deshalb eine schärfere Handhabung der Vorschriften des § 2 Abs. 1 b und § 11 Ziffer 1 der Regierungs-Baupolizei-Verordnung vom 1. 6. 1923 und eine genauere Ueberwachung dieser Arbeiten, auch solcher geringeren Umfanges erforderlich. Um Verzögerungen im Prüfungs- und Genehmigungsverfahren der Bauprojekte zu begegnen, wird folgende Regelung hierdurch bekannt gemacht:

Die Eisenkonstruktionen in allen Neubauten, Umbauten u. Erweiterungsbauten dürfen nur nach Plänen ausgeführt werden, die dem Baupolizeiamt zur Prüfung vorgelegen haben. Insbesondere sind für die Auflagerstellen, Vernietungen, Verschraubungen und ähnliche Verbindungen klare und übersichtliche Teilzeichnungen zu fertigen, wie sie im Eisenbau allgemein üblich sind. Die Darstellungen sind mindestens 1:10 auszuführen und sind mit den statistischen Berechnungen und den übrigen Unterlagen einzureichen.

Gleichzeitig wird bei dieser Gelegenheit auf die deutschen Industrie-Normen verwiesen, die möglichst zu berücksichtigen sind.

Bocholt, den 26. September 1928.

Die Baupolizeibehörde.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. 6. 1909 (R. G. Bl. S. 519) wird folgendes bestimmt:

§ 1.

Die Sperre, welche angeordnet war über das Gehöft der Wwe. Thubesrössing zu Vardingholt Nr. 55 und das durch meine Viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 4. September 1928 abgegrenzte Gebiet, wird aufgehoben. Die Maul- und Klauenseuche in diesem Bezirk ist erloschen.

§ 2.

Vorstehende Anordnung tritt am 29. September in Kraft.

Borken, den 26. September 1928.

Der Landrat.

Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Elektrikers Ludwig Albers in Rhede ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen — und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke — der Schlußtermin auf den

16. Oktober 1928, 10,30 Uhr

vor dem Amtsgerichte hierselbst — Zimmer Nr. 6 — bestimmt.

Bocholt, den 24. September 1928.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Bekanntmachung.

Die Urliste der in hiesiger Stadt wohnenden Personen, die nach dem Gerichtsverfassungsgesetz vom 27. Januar 1877 zum Amte eines Schöffen oder Geschworenen berufen werden können, liegt vom 28. September ds. Js. ab während einer Woche auf dem Bürgermeisteramt zur Einsicht offen.

Einwendungen können während dieser Frist daselbst angebracht werden.

Anholt, den 26. September 1928.

Der Bürgermeister: Schulte.

Verdingung.

Die Klempner- und Dachdeckerarbeiten zu unseren Neubauten „An der Alten Aa" in Bocholt sind zu vergeben.

Zeichnungen können auf der Bahnmeisterei, bei Herrn Bauinspektor de Backere, eingesehen werden, wo auch Angebotsunterlagen gegen Erstattung der Selbstkosten zu haben sind.

Rückgabe der Angebote zum

Freitag, den 5. Oktober 1928, 18 Uhr,

an Herrn de Backere, Bahnmeisterei in Bocholt.

Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft m. b. H.
für den Reichsbahn-Direktionsbezirk Münster.



Alleinverkauf für den Kreis Bocholt und Borken:

Alois Valk, Bocholt
Das Haus für Bürobedarf.
Reparaturwerkstatt für sämtl. Büromaschinen.



* Für den am 7. Oktober beginnenden Winterfahrplan sind die nachstehenden **Storm** Ausgaben schon heute überall zu haben. Verlangen Sie

Storm Kursbuch für Ostdeutschland . . *RM* 2.—
Storm Kursbuch für Mitteldeutschland *RM* 2.—
Storm Kursbuch für Norddeutschland . *RM* 2.50



Knöchel Kreuzband.

gibt den Knöcheln elastischen Halt, verhindert Umknicken des Fußes und Auseinanderspreizen der Mittelfußknochen. Sofort angenehm wirkend. Für jeden Sportler unentbehrlich. Fordern Sie kostenl. Vorführung und Auskunft in der Anpaßstelle:

H. Thieholt, Bandagist,
Nordstraße.



Stärkende Krankenweine
wie Samos, Tarragona usw. erhalte infolge des großen Umsatzes in diesen Weinen zu staunend niedrigen Preisen in der
Drogerie Bruns
Nordstr. 22, Fernr. 213.

Gummistrümpfe
Kniekappen
elast. Binden
in allen Ausführungen und Preisen.
Drogerie Bruns
Nordstraße 22.

Grieben
als Schweine- Hunde- und Hühnerfutter,
2 Pfd zu 15 Pfg.
Hat laufend abzugeben
Innungsfettschmelze Schwanenstr. 93.

Teppiche, Läufer,
Divan- und Steppdecken liefere an jedermann, auch in 12 Monatsraten
Schreiben Sie zwecks Muster an **O. König, Essen** Schließfach 1 5.

Ein in allen Hausarbeiten erfahrenes
Mädchen
für besseren Haushalt gesucht.
Wo? ist zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Mädchen
vom Lande, welches schon in Stellung war, sucht passende Stelle.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein sauberes
Mädchen
nach der Schulzeit gesucht.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Anzeigenpreis für das 1spaltige Millimeter: 12 Pfg. Lokale Anzeigen 7,7 Pfg., Familienanzeigen 7,7 Pfg., Kleine (Gelegenheits) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche Anzeigen parteipolitische Anzeigen 10 Pfg.
Bezugspreis: 2.35 Goldmark, Einzelpreis 10 Pfg.

Saison-Neuheiten!

Zur bevorstehemden Wintersaison empfehle meine neu eingegangenen

Herren-, Jünglings- und Knaben-Paletots

In großer Auswahl. Durch besonderes Entgegenkommen meiner Lieferanten bin ich in der Lage, jeden Geschmack zu befriedigen und meine Preise bei guter Qualität niedrig zu halten. Bei Maßarbeit übernehme ich Garantie für guten Sitz. Ich bitte, mein Lager ohne Kaufzwang zu besichtigen.

Wilh. Hövener, Eintrachtstraße.

Minni Mersmann
Theo Klein-Vorholt

VERLOBTE.

Bocholt — Raesfeld

den 30. September 1928.

---

†

Das Sechswochen-Seelenamt
für die Verstorbene

Fräulein Josephine Potthoff

findet statt am Montag, dem 1. Oktober, 8 Uhr in der Liebfrauenkirche, wozu hiermit freundlichst eingeladen wird

---

Haussammlung des Vinzenz-Vereins.

Der Vinzenz-Verein bittet alle Bewohner von Stadt und Land, seine charitativen Bestrebungen durch reichliche Zuwendungen an Geld, Lebensmittel, Stoffen, Kleidungsstücken und Mobilien zu unterstützen, besonders bei der diesjährigen Haussammlung. **Stoffe, Kleidungsstücke und Mobilien nehmen die Verwalter der Kleiderkammer,** Herr Postassistent i. R. Theodor Wegener, Hermannstraße 13 und Herr Schuhmachermeister Aloys Hölscher, Neustraße 26, in Empfang.

Konsum-Genossenschaft

„Eintracht"

e. G. m. b. H., Bocholt.

Anläßlich der

Werbewoche

findet am Dienstag, den, 2. Oktober, abends 8 Uhr, für die Abgabestelle

Isselburg
eine
Versammlung

unserer Mitglieder, wozu die Frauen besonders eingeladen werden, im Saale des Herrn Nienhaus statt.

Für die Abgabestelle

Rhede

Dienstag, den 2. Oktober, abends 8 Uhr im Hengstermann'schen Saale eine

Mitglieder-Versammlung

wozu ebenfalls die Frauen besonders eingeladen werden. (Filmvorführung.)

Am Mittwoch, den 3. Oktober, abends 8 Uhr, für die Abgabestelle

Anholt

im Vennemann'schen Saale eine

Mitglieder-Versammlung

wozu die Frauen besonders eingeladen werden.

Wir bitten alle Mitglieder u. Frauen zu diesen Veranstaltungen zu erscheinen.

Freunde unserer Bewegung können mitgebracht werden.

Der Vorstand.

Künstliche Badegelegenheit

Einfache Reinigungsbäder für jedermann u.	mediz. Bäder f. Rheumatis, Gicht, Ischias, Nerv- u. Frauenleid. Schlankheitsbäd. usw.

Kurbad St. Georg, Ravardistr. 16.
Täglich geöffnet von 8—21 Uhr, Sonntags von 8—12 Uhr.

Oldenburgische Landes-Baugewerkschule in Varel i. O.

Hoch- u. Tiefbau **Staatskommissare.**
Beginn W.-Sem. 31. Okt. 1928. Lehrordnung kostenlos durch Dir. Dipl.-Ing. Leonhardt.

Meine Spezialität
Herren-Stärkewäsche
in anerkannt erstklassiger Ausführung.
Dampf-Wäscherei
Wwe. A. Rautenberg
Königstr. 11a. Fernruf 8303.

M.-G.-V. „Sängerbund" E. V. Bocholt

gegr. 1885 (Frauenchor angeschlossen) gegr. 1925.

Mitglied des Deutschen Sängerbundes.
Chormeister: W. OVERHEIDT, Wesel.

Großes Konzert (1. Hauptkonzert)

am Sonntag, dem 7. Oktober 1928, nachmittags 5 Uhr im Saalbau des St. Georgius-Schützenvereins.

MITWIRKENDE:

Cläre Henkel-Hunding, Sopran, Köln
Fritz Hunding, Baß, Köln
Der Frauen- u. Männerchor des Sängerbundes.

Karten im Vorverkauf (numerierte Stuhlreihen) sind zu haben in der Buchhandlung Volk, Nobelstraße. Dortselbst erhalten auch die passiven Mitglieder gegen Vorzeigung der Umtauschkarten vom 2. Halbjahr ihre Karten.

Eröffne **Mittwoch, den 3. Oktober 1928,** im **HOTEL GERBAULET, Bocholt, Königstr. 8,** einen

Tafeldeck- u. Servier-Kursus

verbunden mit Anstandslehre.

Praktische Lehrtücher sind: Das Tafeldecken und Servieren, Servietten brechen, das Formen der Butter in 15 bis 20 verschiedenen Arten, Tortenverzieren, Schneiden von Mustern zum Verzieren von Torten und Kompotten. Schneiden verschiedener Früchte zum Garnieren (Radieschen und Kartoffelrosen) u. a. m. Aufbauen verschiedener Platten für Tafel und Büfett sowie praktische Winke für Küche und Haus.

Die Unterrichtsstunden sind von 3—5 Uhr nachm. und abends von 8—10 Uhr.

Das Honorar beträgt 10.— M.

Sämtliche Lehrmittel frei.

Anmeldungen eine halbe Stunde vorher.

Unterrichtsleiterin: **Frau E. Schulze.**

Alles was zum

guten Bett gehört

Oberbetten
Unterbetten
Kissen
Steppdecken
Daunendecken
Schlafdecken
Steiners Reform-Unterbetten

finden Sie nach wie vor in **garantiert** guten Qualitäten, preiswert im

Kaufhaus
Hermann Pottmeyer
am Markt.

Zur Herbstaussaat

Ia. Saatroggen
Thomasmehl
Kalkstickstoff
Kalidüngesalz

empfiehlt ab Lager zu äußersten Tagespreisen

M. Sternfeld

Getreide, Futter- und Düngemittel.
Fernruf 2133. **Nordwall 3.**

Neuheiten in Handarbeiten
bei
A. & J. Spier
Königstr. 4. Fernruf 2104.

Fürsorgliche
Hausfrauen

haben sich durch Gebrauch von Obermeyer's Medizinal-**Herba-Seife** befreundet, nachdem bis dahin alle anderen angewandten Mittel versagten. Postkarte M. in P. Per St. M. —.65, 50% verstärkt M. 1.— Zur Nachbehandlung ist Herba-Creme besonders zu empfehlen. Zu haben in allen Apoth., Drog. u. Parf.

Herz Jesu Verein

Montag (1. Oktober), 6 Uhr hl. Messe für † Frau Th. te Lake. Dienstag (2. Oktober), für † Ant. Sandberg, Stenern.

Wer erteilt
Bridge-Unterricht
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Schulmöbel-verkauf.

Die Gemeinde Spork beabsichtigt, die noch gut erhaltene Einrichtung von zwei Schullokalen

Bänke, Schränke und Podien

an den Meistbietenden zu versteigern.

Ferner soll daselbst das alte Abortgebäude massiver Ziegelsteinbau auf Abbruch verkauft werden.

Treffpunkt der Reflektanten Donnerstag, den 4. Oktober ds. Js., nachmittags 3 Uhr an der alten Volksschule in Spork.

Bocholt, den 29. Septbr. 1928.

Der Bürgermeister des Amtes Liedern-Werth:
Blume.

Leichtes
Wagenpferd
evtl. mit
Dogcart
oder leichten Jagdwagen umständehalber evtl. getr., spottbillig zu verkaufen.

Gerh. Hüsten, Wesel,
Dinslakenerlandstr. 9.

---

4 Mäntel



jeder anders in Stoff, Machart und Preis, alle mit Sorgfalt gearbeitet, schön und schick, wie Sie es bei unsern Mänteln gewohnt sind. Sie kosten 19.75, 34.50, 68.-, 89.-. Sie sind es wert. — Wünschen Sie aber einen andern Mantel, so wählen Sie einen aus den vielen tausend übrigen!

19.75

ist der Preis für einen modernen englischen Mantel. Tadellose Herrenrevers, zweireihig, mit großen Knöpfen u. aufgesetzten Taschen u. Stulpen, breitem Gürtel mit schöner Schnalle. Innen hat der Mantel angewebtes Futter und einen K.-Seidensattel

34.50

Ein eleganter Mantel mit großem schönen Pelzkragen, erstklassige englisch gemusterte Ware mit angewebtem Futter, herrenmäßig verarbeitet, mit breiten doppelseitigen Innenbelegen u. Seidensattel, sämtliche Nähte innen mit Seide eingefaßt. Der Mantel ist zweireihig mit breitem Gürtel und schöner Schnalle. Er hat im Rücken 4 Falten. Feinste Schneiderarbeit.

68.-

ist der Preis eines reinwollenen Ottomanenmantels. Der Mantel ist ganz auf Kunstseide gefüttert und hat einen großen Kragen aus echtem Maulwurf. Die Verarbeitung ist erstklassig, die moderne Gürtelform kleidsam und elegant. Der Rücken ist reich mit Kappnähten und Falten garniert.

89.-

kostet ein vornehmer Modellmantel. Der Stoff ist ein sehr guter reinwollener Ottomane. Der Mantel ist ganz gefüttert, hat den modernen Ballonärmel mit Nutriette und einen großen Nutriettekragen in Capuchonform. Die Gürtelgarnitur ist neuartig.

Cohen & Epstein
DUISBURG

Einrichtung u. Überwachung von Büchern
Aufstellung von Bilanzen,
Steuern und Wirtschaftsberatung

übernimmt erfahrener, akademisch gebildeter Fachmann.

Auskunfterteilung und Vorbesprechung erfolgen kostenlos. Warten Sie nicht bis zum Schluß des Geschäftsjahres, sondern lassen Sie bereits jetzt Ihre Bücher in Ordnung bringen. Interessenten wollen unter dem Kennwort **Bücherrevisor** Ihre Adresse der Geschäftsst. dieser Zeitung schriftlich oder mündlich mitteilen.

Drucksachen in kürzester Zeit bei
J. & A. Temming.

Gebrauchter
Küchenherd
und
2 Oefen
billig zu verkaufen.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein fast neuer
Ofen
billig zu verkaufen.
Näheres:
Schwarthstraße 30.